

Evangelische Verantwortung

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) feiert in diesem Monat sein 50-jähriges Bestehen. Für den Festakt am 16. März in Siegen in der Siegerlandhalle haben sich rund 2200 Gäste angemeldet. Zum Gottesdienst mit Präses Sorg (Westfalen) erwarten wir rund 1500 Evangelische Christen aus nah und fern. Als ich in der Evangelischen Verantwortung im Dezember dazu aufrief, diesen Festakt zu einem „Fest protestantischen Bekenntnisses in der CDU/CSU“ werden zu lassen, habe ich nicht geglaubt, dass sich so viele diesem Wunsch anschließen würden.

Ich freue mich, dass dies der Fall ist, weil es deutlich macht, dass das „C“ in unserer Partei keine Anmaßung ist, sondern eine reelle Herausforderung. In Siegen kommen in diesem Monat Menschen zusammen, von denen einige den EAK seit Jahrzehnten begleiten – aber auch solche, die erst mit der Zeit hinzugekommen sind. Der EAK findet in ganz Deutschland täglich neue Mitstreiter!

Der Festakt zum Jubiläum gilt dem in der Gegenwart kraftvoll agierenden EAK – und nicht nur seiner einflussreichen Geschichte. Wir werfen nicht nur den Blick zurück. Wir werden keine Nostalgie pflegen. Das hat der EAK



noch nie getan. Er hat immer die Zukunft im Auge gehabt – so wie das für Christen üblich sein sollte.

In den letzten fünfzig Jahren hat der EAK Höhen und Tiefen erlebt – und wenn man genau hinsieht, so muss man deutlich sagen, dass er mehr Höhen erklommen als Tiefen durchschritten hat. Ein Journalist sagte mir vor einigen Wochen: „Herr Borchert, die Geschichte des Evangelischen Arbeitskreises ist eine Erfolgsgeschichte!“ Ich wage es, mich dieser Einschätzung anzuschließen! Wenn es den EAK nicht gebe, so wäre es höchste Zeit ihn zu gründen! Diese Erfolgsgeschichte wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass der EAK immer wieder grundsätzliche Fragen angeschnitten hat und stets ein offenes Gesprächsforum geblieben ist. Dies gilt nach wie vor. Es hält den EAK gedanklich und politisch beweglich und zukunftsfähig.

Schon die Gründung des EAK vor 50 Jahren fiel in eine Zeit entscheidender politischer Auseinandersetzungen. Die thematische Konzeption der Gründungstagung in Siegen lag in der damals aktuellen Auseinandersetzung um den deutschen Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und damit zugleich auch in der Problematik der Deutschlandpolitik und der Frage der Wiedervereinigung begründet. Entsprechend lautete das Leitthema der Siegener Tagung 1952: „Unsere Verantwortung in einem geteilten Deutschland“.

Vier Tage vor dem Beginn dieser Gründungsveranstaltung war die Stalin-Note bekannt geworden, in der diese von den Westalliierten eine Vier-Mächte-Konferenz über einen deutschen Friedensvertrag forderte und darüber hinaus die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschland mit eigenen nationalen Streitkräften vorschlug. Kein geringerer als Bundeskanzler Konrad Adenauer ging damals

Themen:

| | |
|--|----|
| Christen in der Türkei | 3 |
| Christen im Islam | 5 |
| Der Sohn der Maria | 6 |
| Die Aktualität des christlichen Menschenbildes | 8 |
| 39. Bundestagung | 15 |

in Siegen auf diese Vorstellungen der Sowjetunion ein. Er wies sie mit fester Überzeugung zurück und machte deutlich, dass es für ihn und mit ihm nur den Weg der Westintegration geben würde. Diese Auffassung teilten auch die Evangelischen Christen in der Union, die durch die Gründung des EAK der evangelischen Bevölkerung in Deutschland zu verstehen geben wollten, dass der protestantische Flügel in der Union mit Kraft wirksam und eben kein Appendix christdemokratischen Parteiens ist.

An der von Konrad Adenauer begonnenen Politik der Westintegration schieden sich gerade unter den Protestanten die Geister – und dies nicht nur in den fünfziger Jahren. Bis weit in die achtziger Jahre hinein war es diese konsequente politische Haltung der CDU, die immer wieder zu Spannungen mit der Evangelischen Kirche führte. Ihren Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen mit dem Inkrafttreten des NATO-Doppelbeschlusses und dem vom Reformierten Bund veröffentlichten Memorandum: „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ von 1984.

Es ist das Verdienst hochrangiger Vertreter der Evangelischen Kirche wie auch des EAK, dass der Gesprächsfaden in dieser Zeit nie völlig abgerissen ist. Die Politik der Westintegration und das Festhalten an der Maxime der Freiheit haben die Möglichkeit zur Wiedervereinigung eröffnet. Für diese konsequente Politik steht der Name Helmut Kohl zu recht überall groß geschrieben. Der Evangelische Arbeitskreis hat nicht zuletzt aufgrund dieses historischen Zusammenhangs den Festakt zum 50-jährigen Jubiläum unter das Thema gestellt:

- 1952 – Unsere Verantwortung in einem geteilten Deutschland
- 2002 – Unsere Verantwortung für ein geeintes Deutschland.

Der Evangelische Arbeitskreis nimmt seit der Wiedervereinigung seine Ver-

antwortung in ganz Deutschland wahr. Viele evangelische Freunde von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern sind dazu gestoßen und haben das Leben und das Denken des EAK bereichert. Das wieder vereinigte Deutschland sieht sich vor

50 JAHRE



1952-2002

großen Herausforderungen – und damit meine ich nicht nur die sozialen. Nein, wir haben uns mehr denn je unserer eigenen Überzeugungen und der Grundlagen unserer Haltungen klar zu werden. Diese sind nicht aus dem Nichts zu uns gekommen, sondern wir haben sie in Jahrhunderten im Leben, Handeln und Denken erprobt und entwickelt – und dies auf der Grundlage unseres gemeinsamen Glaubens, der Evangelische und Katholische verbindet.

Die Herausforderung besteht in der Wiederbelebung unseres Wertebewusstseins. Dies ist nicht nur eine kulturelle Herausforderung, sondern ebenso eine politische wie christliche. Sie wendet sich gleichermaßen an die Kirchen und an die Politik, weil wir als Menschen in Deutschland und anderswo nicht wertneutral miteinander leben können. Eine Gesellschaft, ohne Wertebewusstsein wird zur wertlosen Gesellschaft.

Ich bin sehr froh, dass wir gerade in den letzten Jahren in den vielfältigen Feldern, die hierbei eine Rolle spielen, im engen Kontakt mit unseren Kirchen sind. Schon seit vielen Jahren können wir sagen, dass zwischen der Evangeli-

schen Kirche in Deutschland und dem EAK wieder ein produktiver Dialog geführt wird, der von gegenseitigem Respekt gekennzeichnet ist. Dies hat sich erst in jüngster Zeit wieder gezeigt.

Die Diskussion über den Import embryonaler Stammzellen wäre sicherlich anders verlaufen, wenn nicht der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises schon im Juni letzten Jahres auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt, die „Frankfurter Erklärung“ verabschiedet hätte, in der er sich eindeutig für ein Importverbot embryonaler Stammzellen ausgesprochen hat.

Der Bundestag hat sich Ende Januar für einen sehr restriktiv gehaltenen Import embryonaler Stammzellen ausgesprochen. Er hat mit knapper Mehrheit entschieden, dass nur solche Stammzellen eingeführt werden dürfen, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt etabliert sind. Diese Entscheidung wurde bei einem zweiten Wahlgang erreicht. Der erste wies eine Mehrheit für den von mir mitinitiierten Antrag aus, der ein klares Importverbot erreichen wollte. In diesem Prozess politischen Denkens und Handelns haben führende Vertreter der evangelischen Kirchen mit mir in engem Kontakt gestanden. Gemeinsame Ziele verbinden, aber – und das hat die Geschichte des EAK bisher bewiesen – auch die gemeinsame Grundlage, die einen auch im Gespräch belässt, wenn das Ziel als kein gemeinsames erkannt wird. In dieser evangelischen Freiheit, die sich in Verantwortung gebunden weiß, werden wir auch in Zukunft unsere Arbeit gestalten, als Brückenbauer und Menschen guten Willens, die Gott und ihrem Land dienen wollen.

Ihr

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

Christen in der Türkei – Momentaufnahmen einer Minderheit

Gerhard Duncker

Als ich im Jahr 1993 zusammen mit meiner Familie von einem westfälischen Dorf in die Türkei übersiedelte, um in Istanbul Pfarrer der „Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei“ zu werden, erntete ich damals in meiner Umgebung nur Kopfschütteln und Erstaunen. Urlaub in der Türkei, ja! Aber leben in der Türkei, nein! Die armen Kinder und vor allem die arme Frau, die muss doch jetzt bestimmt immer Kopftuch tragen.

Das Allgemeinwissen zum Thema „Türkei“ bestand und besteht in der Regel aus Allgemeinplätzen. Zum Beispiel: Alle Türken sind Muslime. Wer weiß schon, dass allein in Deutschland etwa 40.000 syrisch – orthodoxe Christen leben, die aus der Osttürkei zugewandert sind? Wer weiß etwas vom Leben der christlichen Minderheit in der Türkei?

Unkenntnis und Gleichgültigkeit gegenüber der Situation von Christen in der Türkei

Vor 100 Jahren war noch jeder fünfte türkische Staatsbürger Christ, heute ist es im Landesdurchschnitt nur noch jeder tausendste, in Istanbul noch jeder hundertste. Dies liegt vor allem an der Umsiedlung, bzw. Vertreibung der Armenier und Griechen. Für viele in der deutschen Politik Arbeitende sind daher die Christen in der Türkei schon aufgrund ihrer kleinen Zahl eine zu vernachlässigende Minderheit. Todesstrafe, Menschenrechte, vor allem die der Kurden, das sind Themen, mit denen man in Deutschland Politik machen und Stimmen gewinnen kann. Auf meine Bitte, sich doch auch einmal der christlichen Minderheit in der Türkei anzunehmen, erhalte ich von einer bekannten Bundespolitikerin vor kurzem die Antwort: „Wir sind doch nicht dazu

da, das christliche Abendland zu retten.“ Nein, das erwartet hier auch niemand. Aber Solidarität und Wissen um die Situation der Christen in der Türkei, das erwarten wir schon.

Anspruch und Wirklichkeit des Rechts der freien Religionsausübung

Immer wieder wird von türkischer Seite darauf hingewiesen, dass die türkische Verfassung das Recht der freien Religionsausübung kennt, und die türkische Republik ein laizistischer Staat mit strikter Trennung von Religion und Staat sei. Beides stimmt und stimmt auch nicht. Natürlich kann sich jeder Mensch als einzelnes Individuum in der Türkei zum Christentum bekennen, und jeder erwachsene Moslem kann sich auch taufen lassen. Das ist nicht in allen islamischen oder islamisch geprägten Ländern üblich. Wenn aber mehrere Getaufte gegenüber staatlichen Stellen äußern, sie seien jetzt eine Gemeinde und bräuchten zum Beispiel einen Versammlungsraum, dann beginnen die Schwierigkeiten. **Kirchen sind nämlich in der Türkei keine juristischen Personen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts.** Sie können weder Verträge abschließen, sie können nichts kaufen, mieten oder erben.

Nur verkaufen dürfen sie, jedoch natürlich nicht an eine andere Kirche, sondern vorzugsweise nur an den Staat. Will also etwa eine neu gegründete türkisch – evangelische Gemeinde einen Versammlungsraum, muss ein Mitglied der Gemeinde diesen Raum privat anmieten oder kaufen, mit allen Risiken,

die hierin für die Gemeinde liegen, zum Beispiel beim Tod des „Besitzers“. Befindet sich der Raum in einem Mehrparteienhaus, müssen der Vermietung alle Mietparteien zustimmen. Meist scheidet hieran das Vorhaben. Nun wird bei Diskussionen von türkischen Gesprächspartnern immer wieder darauf hingewiesen, dass für die 100.000 Christen in Istanbul genug Kirchen zur Verfügung stünden. Das stimmt, aber nur theoretisch. Die griechisch – orthodoxe Kirche mit ihren noch etwa 2000 Gläubigen (Stand 1945 noch 125.000) könnte gut und gern der syrisch – orthodoxen Kirche, die für ihre 10.000 Gläubigen keine einzige Kirche in Istanbul besitzt, einige ihrer vielen Kirchen abgeben. Dies darf sie aber nicht, da diese Kirchen dann nicht mehr stiftungsgemäß genutzt und von Enteignung



links: Der Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche Samuel Aktas im Kloster Mar Gabriel. rechts: Seite aus dem Evangeliar des Klosters Deyrülzafaran in aramäischer Sprache.

bedroht wären. Als Rechtsgrundlage gelten hier die **Verträge von Lausanne aus dem Jahre 1923.** Die von diesem Jahr an nicht mehr veränderbaren Eigentumsverhältnisse werden hier festgeschrieben und zwar für Kirchen und Moscheen gleichermaßen, allerdings mit dem Unterschied, dass Moscheen weiterhin gebaut werden. Dass das bestehende **Bauverbot für Kirchen** weiterhin rechtens ist, hat der oberste türkische Gerichtshof erst vor wenigen Wochen erneut bestätigt.

Ignorierung des Laizismusprinzips

Als laizistischer Staat müsste die türkische Republik allen Religionsgemeinschaften in gleicher Weise neutral ge-

genüber stehen. Dies tut sie jedoch nicht. So regelt das dem Ministerpräsidenten unterstehende „**Amt für Religiöse Angelegenheiten**“ (eigentlich ein Umding in einem laizistischen Staat) mit seinen etwa 100.000 Mitarbeitern nur die Belange des sunnitischen Islam. Bau und Unterhaltung von Moscheen, Ausbildung, Einsetzung und Abberufung der Muftis, Imame und Muezzine, den Betrieb islamischer Fakultäten, die Einrichtung von Korankursen, die Durchführung von sunnitischen Religionsunterricht als ordentliches, von Muslimen nicht abwählbares Schulfach an allen öffentlichen Schulen, alles staatlich wahrgenommene Aufgaben. Die religiösen Belange aller anderen Glaubensgemeinschaften, einschließlich der der Aleviten, die etwa 20% der Bevölkerung ausmachen, werden mit dem Hinweis auf das Laizismusprinzip des Staates ignoriert.

Behinderung der kirchlichen Schul- und Nachwuchsarbeit

So wird etwa die kirchliche Schularbeit behindert und erschwert. Nach den Lausanner Verträgen dürfen die Kirchen Schulen unterhalten, aber nur solche Schulen, die bereits 1923 existierten. Die syrisch – orthodoxe Kirche, deren Mitglieder zu jener Zeit ausschließlich in der Südosttürkei lebten, kann heute folglich in Istanbul keine eigenen Schulen unterhalten. Des Weiteren dürfen Pfarrer in Schulen keinen Religionsunterricht erteilen, auch nicht in Schulen in kirchlicher Trägerschaft. Schließlich kommt noch erschwerend hinzu, dass in den siebziger Jahren alle nicht staatlichen islamischen und **christlichen Hochschulen geschlossen** wurden. Die islamischen Hochschulen sind inzwischen wieder geöffnet worden, die christlichen nicht. **Den Kirchen wird hier bewusst die Möglichkeit genommen, ihren eigenen theologischen Nachwuchs auszubilden.** Während die religiöse Bildung moslemischer Kinder durch den Staat weitgehende Förderung erhält, wird die religiöse Bildung christlicher Kinder erschwert und wird in absehbarer Zeit zum Erliegen kom-

men. Als erstes wird es hierbei die syrisch – orthodoxe Kirche treffen, deren Klöstern in der Südosttürkei die Durchführung von Religionsunterricht und muttersprachlichem Unterricht 1997 vom Gouverneur von Mardin (Bezirkshauptstadt) verboten wurde. Wird die-



Christliche Kirche in Mardin.

ses Verbot nicht schnellstens aufgehoben, bedeutet es das Todesurteil für diese Kirche. Die Voraussetzung für die Feier und das Verstehen des Gottesdienstes ist nämlich die Kenntnis der aramäischen Sprache, der Sprache Jesu. Der Hinweis, die Kirchen könnten sich ja Pfarrer und Lehrer(innen) aus dem Ausland holen, greift im Übrigen nicht. Seit Mitte der dreißiger Jahre dürfen keine ausländischen Geistlichen mehr in der Türkei in ihrer Funktion als Pfarrer arbeiten. Die Pfarrer der Auslandsgemeinden etwa sind seitdem Angehörige der Botschaften, bzw. Konsulate, das heißt konkret in der Türkei gibt es einen evangelischen und einen katholischen deutschen Pfarrer. Der Vikar der deutschen evangelischen Gemeinde muss hingegen mit Ehefrau und Säugling alle drei Monate das Land verlassen und mit einem Touristenvisum erneut einreisen, ein Schicksal, das er mit Dutzenden kirchlicher Mitarbeiter anderer Kirchen und Gemeinden teilt. Angesichts von etwa 580 in Deutschland lebender aus der Türkei entsandter Imame sollte die Türkei hier besonders auf die Unausgewogenheit der sonst von ihr so oft geforderten Gegenseitigkeit hingewiesen werden.

Gründe für die Benachteiligung

Fragt man nach den Gründen der Benachteiligung christlicher Türken in

ihrem eigenen Land, so muss daran erinnert werden, dass vor allem die armenischen und griechischen Christen nicht nur eine religiöse, sondern auch eine nationale Minderheit waren und zum Teil auch noch sind. Viele muslimische Türken sehen in Griechen und Armeniern weniger die Christen, sondern eher die „Ausländer“, denen nach den Kriegen mit Griechenland und Armenien, beides christliche Länder, nicht ganz zu trauen ist. Hier müssen alle Gelegenheiten zu vertrauensbildenden Maßnahmen ergriffen werden, wobei jedoch vor allem der türkische Staat gefordert ist.

Und in der Tat gibt es Zeichen des Entgegenkommens. So bot Ministerpräsi-

dent Ecevit im Sommer 2001 allen syrisch – orthodoxen Christen, die im Ausland leben an, doch wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Dabei sprach er auch das Problem der **Wiedererlangung verloren gegangenen Eigentums** an. Inwieweit die syrischen Christen das Angebot annehmen, bleibt dahingestellt. Bisher ist die Reaktion eher zurückhaltend. Aber gemacht ist das Angebot immerhin.

Des Weiteren konnte man unlängst aus dem Unterrichtsministerium hören, dass die muslimischen Religionsbücher hinsichtlich ihrer oft verzerrenden Darstellung des christlichen Glaubens überprüft werden sollen. Die Vertreter der christlichen Minderheiten sollen die Möglichkeit eingeräumt bekommen, ihre Glaubensinhalte und ihr Leben selber zu beschreiben.

Ein berühmter Satz Kemal Atatürks prunkt an vielen öffentlichen Gebäuden. Er heißt übersetzt: „Glücklich ist der, der von sich sagen kann, ich bin ein Türke.“ Es wäre schön, wenn dieses Bekenntnis alle türkischen Staatsbürger mitsprechen könnte.

Anm.:

Gerhard Duncker, seit 1993 Pfarrer der evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in der Türkei, wird im Sommer 2002 nach Deutschland zurückkehren.

Christen im Iran

Michael Wenzel

Heute ist der dritte Advent. Die Straßen in Teheran sind erleuchtet von Lichterketten, viele Menschen sind unterwegs, besuchen ihre Verwandten, treffen sich auf der Straße oder im Restaurant. Sie feiern Eid al Fitr, das Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan. Einige wenige aber sind auch auf dem Weg in unsere Kirchengemeinde, genauer, in die Evangelische Gemeinde deutscher Sprache im Iran, denn auch dort wird heute gefeiert.

Seit über 40 Jahren trifft sich hier die deutsche Gemeinde regelmäßig zum Adventskaffee. Fernab von der Heimat finden sie hier, was Advent für sie ausmacht: den Geruch von Kuchen, Stollen und Kaffee, das Licht der Kerzen, das Singen der Lieder, ein Gebet, eine Geschichte oder ein Krippenspiel. Es gibt hier nicht diesen Überdruß, denn nach solchen Gerüchen und Klängen muss man sonst lange suchen. Es ist immer nur so viel Advent und Weihnachten als man selbst zulässt, nichts ist selbstverständlich und so geschieht es nicht selten, dass gerade in solchen Momenten einige Tränen von der Sehnsucht nach einem Zuhause erzählen, das die meisten schon vor Jahrzehnten verlassen haben.

Evangelische Gemeinde deutscher Sprache

Für manche Leser in Deutschland ist es wahrscheinlich gar nicht so leicht vorstellbar, dass man sich im Iran in einer Kirchengemeinde öffentlich treffen kann. Tatsächlich aber gewährt der iranische Staat den christlichen Kirchen eine relative Freizügigkeit, von der auch die evangelische Gemeinde Deutscher Sprache im Iran profitiert. Als **eingetragene Religionsgemeinschaft** hat sie das Recht, ein eigenes Gebäude zu besitzen, regelmäßig Gottesdienste zu feiern, innerhalb der hier lebenden Gruppe von Ausländern sozial

und kulturell tätig zu werden und einen von der EKD entsandten Pfarrer zu beschäftigen. Bei all dem ist die evangelische Gemeinde Deutscher Sprache fest mit den verschiedenen christlichen Kirchen im Iran ökumenisch verbunden.

Geschichte der iranischen Christen

Die iranischen Christen können auf eine lange Geschichte zurückblicken. Schon im Neuen Testament finden sich Zeugnisse christlicher Mission auf dem Gebiet des persischen Reiches. In der Apostelgeschichte (Apg 2,9) hören wir von Parthern, Medern und Elamitern, und denen, die in Mesopotamien wohnen, also Gebieten, die zum persischen Reich gehörten und die die heutigen Provinzen Khorasan (Parthien), Kurtistan (Medien) und Khuzestan (Elam) bilden. Im Jahre 280 wurde Papa zum Bischof in der persischen Hauptstadt Seleukia-Ktesiphon eingesetzt und dort 315 als erster Katholikos von Persien bestätigt. Unter König Schapur II. (343) kam es zur ersten großen Christenverfolgung, da sich der zoroastrische Klerus vom Wachstum der Kirche verunsichert fühlte und zudem in den Christen Agenten Roms sah. Bis heute blieb die Geschichte der christlichen Gemeinden in diesem Gebiet eine wechselvolle Geschichte zwischen Verfolgung und Akzeptanz.

Die Kirchen im Iran sind vorwiegend ethnisch geprägt. Die bei weitem größte Gruppe bildet die Armenisch Orthodoxe Kirche, gemeinsam mit der Armenisch Katholischen Kirche hat sie etwa 100.000 Mitglieder. Die Assyrisch Chaldäische Kirche zählt etwa 15.000 bis 16.000 Mitglieder, Protestanten etwa 4.000 bis 5.000. Christen werden ihres Glaubens wegen nicht verfolgt.

Rechtlicher Status der Christen

In der nachrevolutionären Phase gab es Übergriffe auf kirchliche Mitarbeiter

oder Angehörige der verschiedenen christlichen Gemeinden. Diese sind seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Staatspräsidenten Khatami (1997) deutlich zurückgegangen. Dadurch hat sich die aktuelle Situation der Christen deutlich verbessert. Neben den Zoroastriern und den Juden genießen sie **verfassungsmäßigen Schutz als anerkannte religiöse Minderheit** im Rahmen der iranischen Gesetze (Art. 13). Gemäß Artikel 64 der Verfassung sind die armenischen Christen durch zwei, die assyrischen Christen durch einen Abgeordneten im Parlament (Majlis) vertreten. Unter staatlicher Aufsicht haben die anerkannten religiösen Minderheiten im Rahmen ihrer Gemeinschaften Kulturfreiheit, unterhalten eigene Kulturzentren, eigene Standesämter, bei denen kirchliche Trauungen mit Rechtswirkung registriert werden können, sowie Schulen und Zeitungen. Gottesdienste werden nicht gestört. Seit dem Jahr 2000 dürfen die Schulen auch wieder von Glaubensangehörigen geleitet werden. Dies war in den vergangenen Jahren nicht möglich. Bei den gegebenen Studienzulassungsbedingungen dürfte es allerdings äußerst schwer fallen, einen geeigneten Kandidaten aus der jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu finden. Die iranische Religionspolitik ist insgesamt toleranter als die einer Reihe von arabischen Staaten.

Benachteiligung im Ausbildungs- und Berufssektor

Sieht man jedoch genau hin, sind Gemeindemitglieder auf vielfältige Weise benachteiligt. Dies betrifft in erster Linie die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten. So muss der Unterricht auch an den eigenen Schulen in der offiziellen Landessprache (Farsi) erteilt werden. Da im Iran die Studienplätze nicht nur allein nach Leistungskriterien verteilt werden, ist es für Christen schwer, eine **Studienzulassung** an einer staatlichen Universität zu bekommen. Nach wie vor entstehen Probleme an bestimmten Arbeitsplätzen, z.B. im **medizinischen Bereich**, wo religiöse islamische Vorschriften die Behandlung durch einen Nichtmuslim einschränken. Es ist fast ausgeschlossen, dass ein Christ einen **Arbeitsplatz in der öffentlichen Verwaltung** findet oder gar ein



Die Armenische Kathedrale New Julfa in Isfahan.

Regierungsamt bekleidete. Eine berufliche Zukunftsperspektive haben Angehörige religiöser Minderheiten praktisch nur im privatwirtschaftlichen Bereich, wobei sie in den Großstädten bessere Chancen haben als in Kleinstädten oder auf dem Lande. Christen werden aber auch bei der **Rechtsauslegung benachteiligt**. Bei Personenschäden (z.B. durch Verkehrsunfälle) erhalten sie von der Versicherung eine geringere Ersatzleistung als Muslime, ihre Zeugenaussagen gelten nur eingeschränkt. Eine Eheschließung von Christen und Muslimen bei Beibehaltung des christlichen Glaubens eines der Ehepartner ist verboten.

Grenzen der Religionsfreiheit

Da nach islamisch-religiösen Recht Apostasie mit der Todesstrafe geahndet werden kann, stößt die Religionsfreiheit in der Islamischen Republik Iran dort auf Grenzen, wo über die Ausübung des Kultes hinaus versucht wird, unter Muslimen zu missionieren. Zwar sind in den letzten Jahren keine Fälle von Verurteilungen oder Hinrichtungen von Konvertiten oder Missionaren mehr bekannt geworden, es ist aber nicht auszuschließen, dass die Betroffenen wegen anderer, vorgeschobener Strafbestände verfolgt werden. Darum führen Konvertiten oft ein Doppelleben, indem sie ihr christliches Bekenntnis häufig hinter der offiziellen muslimischen Herkunft verstecken.

Auswanderung der jungen Christen

Die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme des Landes, die hohe Arbeitslo-

sigkeit und das Gefühl in der iranischen Gesellschaft nur „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, hat dazu geführt, dass die Christen, vor allem die junge Generation unter den Armeniern und Assyryern, das Land verlassen. Die Zahl der Christen im Iran ist seit der islamischen Revolution des Jahres 1979 bei einem Anstieg der Gesamtbevölkerung von 42 Millionen auf rund 70 Millionen drama-

tisch zurückgegangen. Diese Entwicklung löst bei den christlichen Gemeinden große Besorgnis aus, weil sie dadurch mittelfristig nicht nur den Verlust ihrer Identität, sondern gar ihrer Existenz befürchten müssen, die, wie oben erwähnt, weit in die vorislamische Zeit zurückreicht.

Dialog der Kulturen

Es bleibt im Moment abzuwarten, wie sich die veränderte politische Situation auswirkt, die den Iran zu einer größeren Öffnung nach außen zwingt und ihm damit auch eine gewichtige Rolle

im Friedensprozess in dieser Region zuspricht. Man spürt von verschiedenen Seiten einen stärkeren Wunsch als früher, sich im Dialog der Kulturen zu engagieren. Zusammen mit Holger Nollmann, dem Leiter der Beratungsstelle für christlich-islamische Begegnung der evangelischen Kirche Westfalen, der eine Studienreise für Pfarrer in den Iran vorbereitet, ergaben sich z.B. Kontakte und interessante Gespräche mit dem International Centre for Dialogue Among Civilizations, an deren Ende der Satz stand: „The recent events around the world make the role of dialogue among religions even more prominent.“ Man darf hoffen, dass im Zuge dieser Entwicklung, die um einen stärkeren Austausch mit Christen bemüht ist, sich die Situation, vor allem für die einheimischen Christen noch weiter verbessert, so dass sie vor dem Gesetz den Muslimen gleichgestellt und jegliche Benachteiligungen in der Ausbildung und in Rechtsfragen aufgehoben werden.

Anm.:

Michael Wenzel ist Pfarrer der evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in Teheran.

Der Sohn der Maria

Eine iranische Vision vom Verhältnis zwischen Christen und Muslimen.

Catherina Wenzel

Wer in den Weihnachtstagen mit der iranischen Fluggesellschaft (Iran-Air) nach Teheran reiste, bekam während des Fluges den Film *Der Sohn der Maria* (auf Persisch mit englischen Untertiteln) zu sehen.

Die 19. Sure im Koran trägt den Namen Marjam, den arabischen Namen für Maria. Sie enthält eines der ältesten koranischen Zeugnisse über christliche Gestalten, die wahrscheinlich von den 616 nach Abessinien emigrierten und dann zurückgekehrten Anhängern Muhammads den Mekkanern vorge-

tragen wurden. Wie in anderen apokryphen Evangelien redet dort der neugeborene Jesus in der Wiege zu seiner Mutter (Sure 19,30:33f): „Siehe, ich bin Allahs Diener. Gegeben hat er mir das Buch und er machte mich zum Propheten. ... Und Heil auf den Tag meiner Geburt und den Tag, da ich sterbe, und den Tag, da ich erweckt werde zum Leben!“ Dies ist Jesus, der Sohn der Maria – das Wort der Wahrheit ... Seitdem ist das dort gebrauchte Matronym Jesus, der Sohn der Maria in der islamischen Welt gebräuchlich und spielt in der Frömmigkeit vieler Muslime eine bedeutende Rolle. Dies mag den iranischen Filmemachern zum An-

lass geworden sein, die **Entdeckung des Christentums durch zwei muslimische Jungen** als Entdeckung der (christlichen) Maria zu erzählen und im Bild der Gottes- bzw. Prophetenmutter die beiden Religionen miteinander zu verbinden.

Der Sohn der Maria ist für iranische Verhältnisse ein sehr erstaunlicher Film, weil er zunächst einer Bevölkerung, die zu 98% aus Muslimen besteht, über das Christentum erzählt, des weiteren ist er ein Dokument, das im islamischen Gottesstaat Christentum und Islam als gleichberechtigt nebeneinander existierende Religionen darstellt und drittens entwirft dieser Film durch eindrückliche Bilder und Handlungen eine Vision vom friedlichen Miteinander, vom Sich-Ergänzen-Können und Voneinander-Lernen beider Religionen.

Der Inhalt des Films

Der Film spielt in einem Dorf, in der Nähe von Urumiyeh, in dem sich sowohl eine Kirche als auch eine Moschee befinden. Er erzählt die Geschichte des etwa zehnjährigen Rahman (der Barmherzige – ein häufiger Name für Allah im Koran), dessen Aufgabe es ist, nach der Schule den Dorfbewohnern die Milch zu bringen. Sein bester Freund ist blind, er rezitiert die Suren des Koran so gut, dass viele kommen, um ihm zuzuhören. Gleich zu Beginn hören wir ihn Worte aus der 5. Sure vortragen, eine frühe Version der Lessingschen Ringparabel, die zudem vom Anliegen des Filmes spricht (Vers 53): Und so es Allah wollte, wahrlich, er machte euch zu einer einzigen Gemeinde; doch will er euch prüfen in dem, was er euch gegeben. Wetteifert darum im Guten. Zu Allah ist eure Heimkehr allzumal, und er wird euch aufklären, worüber ihr uneins seid.

Darstellung christlichen Lebens

Eines Tages, während Rahman wieder einmal mit seinen Milchkanen durch den Ort geht, wird er gewahr, dass eine **Marienstatue** zur Kirche gebracht wird. Er ist sehr neugierig, versteckt sich im Kirchraum, steht dann lange da, die Maria betrachtend und kann sich nicht satt sehen. Nach einiger Zeit er-

gibt es sich, dass er sich mit dem Priester anfreundet. Rahman fragt ihn, ob er im Gebet seine verstorbene Mutter sehen würde und wie sie ausschaut, er habe doch kein Bild von ihr. Der Blick fällt auf die Statue, ja alle Mütter sind Marjam ähnlich.

Etwas später, als der Priester ein neues **Kreuz auf dem Kirchturm** anbringen möchte, verunglückt er. Rahman kümmert sich um ihn, selbst der Mullah ist besorgt und bietet seine Unterstützung an. Da sich der Priester seinem Tod nahe weiß, hat er nur noch den einen Wunsch, seinen Bruder zu sehen, der in der nahe gelegenen Stadt Urumiyeh ebenfalls als Priester tätig ist. Der Junge fährt allein dorthin und macht sich auf die Suche nach ihm. Dabei zeigt die Kamera mehrere Kirchen, in denen **Gottesdienste, Chorproben, eine Taufe** und eine **Hochzeit** stattfinden.

Das Christliche im Blick

Zwischendurch sieht man, dass Rahman gen Mekka betet. Ein Junge gleichen Alters, der Christ ist, hilft ihm schließlich, den Bruder des Priesters ausfindig zu machen. Dieser bringt den Sterbenskranken in ein Hospital und überlässt Rahman den Schlüssel für die Kirche und damit eine große Verantwortung. Sein blinder Freund steht ihm dabei zur Seite. Einmal gehen sie gemeinsam an den Bildern vorbei, die verschiedene **Stationen des Kreuzweges** zeigen. Rahman erklärt, was zu sehen ist. Vor der Marienstatue nimmt er den Blinden auf seine Schultern, so kann er ihr Gesicht mit den Händen berühren, er tastet nochmals und nochmals – Maria ist eine schöne Frau – nun trägt auch er ein Bild von ihr in sich. Rahman bringt noch das Kreuz auf das Dach der Kirche und befestigt es auf der Turmspitze. Wenig später erhält er die Nachricht, dass der Priester verstorben ist. Er bricht darüber in Tränen aus, sein Freund sagt: Komm, heute ist Aschura¹, lass uns deine Trauer in die Moschee bringen ...

Interpretation

Gewiss – der Film thematisiert nicht die Probleme, die Christen im Iran haben, es sei denn, man fragt das Nahe liegen-

de, nämlich, **warum es nach dem Tode des Priesters kein christliches Leben mehr in dem Dorf gibt**, sondern seine Zeugen und Zeugnisse als Geschichte (im Islam) bewahrt würden. Das ist ein schmerzlicher, aber wohl auch **realistischer Blick in die Zukunft**.

Ein Film gegen den Hass

Ich vermute, dass es kaum einen iranischen Kinobesucher gibt, der das nicht verstünde. Was ich dennoch an dem Film schätze, ist der Mut, jenseits dessen eine Geschichte auf die Leinwand zu bringen, in der die Religionen in den Erfahrungen dieser Kinder versöhnt sind, so dass sie keinen Grund finden könnten, die jeweils Andersglaubenden gering zu schätzen, zu unterdrücken, zu hassen oder gar gegen sie das Schwert zu erheben – getreu den Worten aus der 5. Sure, die auffordert, nach dem Guten zu streben und nur darin miteinander zu wetteifern. Und noch mehr – wer sieht, wie Rahman, der Barmherzige, dem Christentum begegnet und sich dabei selbst als Sohn der Maria, der Marjam verstehen lernt, begreift auch, dass jede Politik, die das langsame Sterben der christlichen Religion befördert und/oder in Kauf nimmt, dem Land, seiner Kultur und seinen Bürgern immensen Schaden zufügt, da sie solche Möglichkeiten der Begegnung, von denen der Film erzählt, auf lange Sicht nur noch Geschichte und nicht mehr Gegenwart sein lässt.

Anm.:

Die Religionswissenschaftlerin Dr. Catharina Wenzel ist Stipendiatin am Graduiertenkolleg „Anthropologische Grundlagen und Entwicklungen im Christentum und Islam“ an der Otto-Friedrich Universität Bamberg.

¹ Aschura ist der 10. Tag des ersten Monats Muharram im islamischen Kalender. Den schiitischen Muslimen (im Iran) gilt der ganze Monat als Trauermonat. Sie gedenken am Aschuratag in Trauerfeiern des Märtyrertodes von Husain im Jahre 680 in Kerbela. Bis heute wird dieser Tag mit Umzügen und Passionspielen begangen. Aus religionswissenschaftlicher Sicht weist die Inszenierung von Husains Tod als Opfertod auch Parallelen zum Kreuztod Jesu (dem Sohn der Maria) auf.

„Die Aktualität des christlichen Menschenbildes“

Rede des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Johann Wadephul, MdL beim Jahresempfang des EAK Schleswig-Holstein am 11. Februar 2002

Für mich ist es eine große Freude, auf dem Jahresempfang des Evangelischen Arbeitskreises zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wenn Sie in den Medien unseres Landes oder auch in der Diskussion innerhalb unserer Partei einmal darauf achten, wie häufig der EAK Thema von Berichten und Gesprächen ist, dann wird für mich deutlich, dass hier die Beachtung in der Öffentlichkeit – und zum Teil auch in der Parteiöffentlichkeit – in keinem Verhältnis steht zur Bedeutung dieses Arbeitskreises.

Funktion und Bedeutung des EAK

Ich bin heute nicht zuletzt deshalb gerne nach Kiel gekommen, um zu zeigen, dass der EAK wichtig ist für unsere CDU. Wichtig zum einen deshalb, weil er immer wieder dazu beiträgt, dass wir uns die Wurzeln unserer Werte und Überzeugungen ins Gedächtnis rufen und so eine Richtschnur finden, die uns hilft, in schwierigen Fragen Entscheidungen zu treffen, die wir verantworten können.

Die Bedeutung dieses Arbeitskreises liegt aber auch darin, dass er eine wichtige Brückenfunktion in den Bereich der Kirchen und christlichen Organisationen hat. Gerade für die CDU ist ein enger Dialog mit den Kirchen und kirchlichen Gruppen von großer Bedeutung. Und mir ist bewusst, dass die regelmäßige Pflege dieses Kontaktes und der rege Meinungs austausch im politischen Tagesgeschäft oft zu kurz kommen. Hier kommt dem EAK eine große Bedeutung zu. Wir wissen, dass gerade die Menschen, die sich in der Kirche engagieren, heute oft eine große Distanz zur Politik halten, weil sie irrtümlich glauben, der Gebrauch von politischer



„Ich bin der festen Überzeugung, dass das christliche Menschenbild das am besten geeignete Leitmotiv ist, um eine lebenswerte, menschenwürdige und auch erfolgreiche Zukunft zu gestalten.“

Macht würde dem christlichen Menschenbild entgegenstehen.

Wir leben in einer Zeit, in der viele von uns das Gefühl haben, dass sich viel ändern muss. In fast allen Bereichen wird ein „Reformstau“ diagnostiziert, Defizite treten nicht nur in den öffentlichen Haushalten sondern immer mehr auch in der Leistungsfähigkeit unseres Staates auf.

Die berühmte „Ruck-Rede“ von Altbundespräsident Roman Herzog hat das Empfinden der meisten Menschen auf den Punkt gebracht – Und doch scheut unsere Gesellschaft seltsamerweise davor zurück, den „Ruck“ wirklich zu vollziehen. Dies ist in meinen Augen die Angst davor, lange Zeit Bewährtes und Vertrautes hinter sich zu lassen und neue Wege zu suchen. Letztendlich werden wir keine Wahl haben. Die Option „Wir lassen alles so, wie es ist“ stellt keine wirkliche Alternative dar. Für die vor uns liegenden

Herausforderungen gilt das, was für jede politische Entscheidung gilt, ganz besonders: Der christliche Glaube ist Orientierung und Anhalt für die Richtung, die wir einzuschlagen haben.

Ausgangspunkt für alle Überlegungen muss dabei das christliche Menschenbild sein. Denn Politik in einer Demokratie ist Politik von Menschen für Menschen. Und deshalb ist das unserer Überzeugung zugrunde liegende christliche Menschenbild in all seinen Facetten und Bedeutungen an Aktualität gar nicht zu unterschätzen.

Lassen Sie mich noch einmal zurückkehren zu der Angst und den Sorgen, die der „Ruck“ auslöst, von dem wir letztlich doch alle wissen, dass er kommen muss.

Wir wissen als Christen um unsere Fehlbarkeit. Das sollte uns aber nicht zaudern lassen, zu handeln – jeder an seinem Platz –, sondern es sollte uns Mut geben, tatkräftig daran mitzuwirken, dass wir alle vorankommen. Denn wir wissen als Christen auch, dass nicht wir es sind, die die letzten Entscheidungen treffen, sondern wir vertrauen darauf, dass Gott uns begleitet und Sorge trägt für uns. Wir glauben eben nicht, dass Gott die Welt nach der Schöpfung sich selbst überlassen hat und wir Menschen mit unserem schuldhaften Handeln zwangsläufig scheitern werden. Wir fühlen uns verantwortlich und verpflichtet, nach unserem christlichen Gewissen zu handeln und vertrauen dabei auf die Hilfe Gottes.

Nun würde man völlig fehlgehen, wenn man aus dieser grundsätzlichen Ermunterung, zu handeln, eine Tendenz zur Bedenkenlosigkeit oder gar Leichtfertigkeit ableiten würde. Das Gegenteil ist richtig. Unser Menschenbild verpflichtet uns bedingungslos zur Achtung der Menschenwürde, zur Achtung unserer Werte, zur Toleranz und zur Freiheit. Wir empfinden eine besondere Verantwortung für uns, unsere Mitmenschen und die Schöpfung.

Wenn ich im Folgenden anhand einiger Beispiele aus der aktuellen politischen Diskussion zu verdeutlichen versuche, wo die Aktualität unseres Menschenbil-

des – und damit die Aktualität unseres Glaubens – besonders deutlich wird, heißt das nicht, dass sich diese Aktualität nur auf den Bereich des Politischen oder gar nur auf die CDU bezieht. Wir laden alle Menschen, die sich den Grundüberzeugungen von Freiheit und Solidarität, die wir aus unserem Menschenbild heraus erkennen, verpflichtet fühlen, zum Dialog und zur Mitarbeit ein.

Die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung, die Verpflichtung zur Solidarität mit den Schwachen, das Streben nach Gerechtigkeit und der Schutz allen menschlichen Lebens sind Eckpfeiler unserer Gesellschaft, die nicht nur ein humanes Zusammenleben ermöglichen, sondern die auch grundlegende Elemente unserer Verfassung sind. Im Sinne einer wehrhaften Demokratie sind sie damit, bei aller gebotenen Toleranz, verpflichtende Rahmenbedingungen für jeden. Es ist deshalb wichtig und unsere Aufgabe, diese Zusammenhänge und ihre Bedeutung in unserer modernen Gesellschaft zu vermitteln und deutlich zu machen, dass unsere Politik dem Wohle aller Menschen verpflichtet ist – auch jener, die nicht aus dem christlichen Glauben heraus leben.

Bekenntnis zur Freiheit und Verantwortung

Ich kann nicht über die Grundlagen unserer Politik, ja unserer Gesellschaft insgesamt sprechen, ohne auf die schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001 zu sprechen zu kommen. Der Anschlag vom 11. September war ein Anschlag auf die Grundlagen unserer Zivilisation, der nicht auf die Bekämpfung von Armut oder die Durchsetzung von Menschenrechten abzielte, sondern der mit terroristischer Gewalt eine Kultur zerstören will, deren Begriffe von Freiheit und Gleichheit als Feindbild missbraucht werden. Aus diesem Ansatz heraus wird klar, dass militärische und sicherheitspolitische Überlegungen allein nicht ausreichen werden, um der weltweiten terroristischen Bedrohung zu begegnen. Unsere notwendige militärische Antwort ist nur glaubwürdig vor dem Hintergrund unserer freiheitlichen Wertgrundlagen. Die Auseinandersetzung mit dem Hass gegen unsere Zivilisation darf nicht nur nach Ursa-

chen suchen, sondern muss auch unser eigenes Bekenntnis zur Freiheit und Verantwortung erneuern.

Das christliche Menschenbild hat eine über seine Ursprünge in der Antike und dem christlichen Abendland hinausgehende universelle Geltung im Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, die nicht an den Grenzen des eigenen Landes halt macht. Die Achtung jedes einzelnen Menschen als Person bewahrt uns davor, dass aus der Verteidigung der freiheitlichen, offenen Gesellschaft ein Kulturkampf entstehen kann.

Die Kraft der Idee des christlichen Menschenbildes hat sich nicht zuletzt in der Überwindung der kommunistischen Systeme Mittel und Osteuropas gezeigt. Die Politik der europäischen Integration ist eine eindrucksvolle Demonstration unseres Denkens und die Vollendung der Einheit Europas bleibt ein entscheidendes politisches Ziel der CDU. So wie die Verwurzelung Deutschlands und Europas in der Orientierung am Menschen nach außen wirkt, prägt sie unser Land auch nach innen. In fast allen wichtigen Bereichen der Politik werden diese Maßstäbe deutlich und helfen, die weitere Entwicklung verantwortungsvoll zu gestalten.

Soziale Marktwirtschaft

Über den durch das Grundgesetz normierten Rahmen hinaus hat sich die Soziale Marktwirtschaft als ein wesentliches Element unserer Gesellschaft herausgestellt und bewährt. Und wir sind der Auffassung, dass keine Wirtschaftsform dem christlichen Menschenbild so sehr gerecht wird, wie die Soziale Marktwirtschaft.

Ziel einer jeden Wirtschaftsordnung ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit allen notwendigen Gütern so optimal wie möglich sicherzustellen. Der Gedanke, dass dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn alle Menschen die Freiheit haben, sich nach ihren Fähigkeiten wirtschaftlich zu betätigen und ihre ökonomische Kreativität einbringen zu können, hat sich als nachhaltig richtig herausgestellt. Das christliche Menschenbild bewahrt uns davor, Erwartungen an die Menschen zu richten, die auf Dauer nicht

erfüllt werden können. Der Eigennutz als Antrieb allen marktwirtschaftlichen Handelns wird ausdrücklich akzeptiert und in einen Rahmen aus Regelungen und Anreizen gestellt, der vorteilhafte Resultate für alle Menschen in Aussicht stellt.

Wir wissen, dass ein solches System nur dann lebensfähig ist, wenn es nicht ausgenutzt und unterlaufen wird. Unser Auftrag als CDU ist es deshalb, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass jeder befähigt und dazu angehalten ist, sich am wirtschaftlichen Prozess zu beteiligen, eigenverantwortlich zu handeln und Verantwortung für andere zu übernehmen. Wir gehen davon aus, dass allen Menschen ein Anteil an den Gütern der Erde zu geben ist. Die bloße Institution des Marktes genügt jedoch nicht, um dieses Ziel sicherzustellen. All diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht am Markt teilnehmen können, haben einen Anspruch auf Solidarität. Allerdings wird das Solidaritätsprinzip im Sinne des christlichen Menschenbildes nur richtig interpretiert, wenn es davon ausgeht, dass der Einzelne seine Freiheit auch wahrnimmt, Verantwortung übt und bereit ist, Anstrengungen und Leistungen zu erbringen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Sozialstaat nicht zu einem Fürsorgestaat verkommt, der die Freiheit und Verantwortungsfähigkeit der Menschen gefährdet.

Verantwortlicher Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen

So wie wir aufgefordert sind, die Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft zu ermöglichen, sind wir aber auch verpflichtet, dem Missbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse und der unverantwortlichen wirtschaftlichen Nutzung klare Schranken aufzuzeigen.

Die jüngsten Erkenntnisse in der Biotechnik und Genforschung stellen uns die Frage, wo die Grenzen der Verfügung des Menschen über den Menschen liegen. Mit dem christlichen Menschenbild verbindet sich die Anerkennung jedes Menschen und der Natur als Schöpfung Gottes. Die Schöpfung ist uns aber keineswegs beliebig überlassen, sondern fordert tätige Ver-

antwortung. Die Heilung von Kranken ist ein hohes moralisches Ziel. Aber die Heilung bestehenden Lebens kann nicht als grundsätzliche Rechtfertigung dafür dienen, anderes bestehendes Leben zu vernichten. Eine Aufweichung des Lebensschutzes im Anfangsstadium birgt die Gefahr in sich, dass dies auch Auswirkungen auf andere Lebensbereiche, zum Beispiel den Umgang mit behinderten und alten Menschen, hat. Es entsteht häufig der Eindruck, dass nur durch das Durchbrechen von Grenzen im Embryonenschutz mehr Hilfe für kranke Menschen erreicht werden könne. Diese Ansicht teile ich nicht. Ich bin vielmehr dafür, die Anstrengungen der Medizin und der Forschung auf ethisch unproblematische Bereiche zu konzentrieren.

Auch in den Bereichen der Fortpflanzungsmedizin und der Gendiagnostik hat zu gelten, dass menschliches Leben ein Geschenk ist und auch so behandelt werden muss. Genetische Daten müssen unter der absoluten Verfügung des Betroffenen stehen und dürfen nicht ohne Einwilligung an Dritte gelangen. Ebenso darf niemand gegen seinen Willen über schwere Erkrankungen informiert werden. Es gibt ein Recht auf Nichtwissen.

Der verantwortungsvolle Umgang mit neuen Möglichkeiten, die uns die Wissenschaft eröffnet, ist keine Entscheidung, die wir heute einmal zu treffen und zu verantworten haben. Das neue Wissen ist da und wird sich ausdehnen. Die Einhaltung der Grenzen, die uns gesetzt sind, wird deshalb eine ständige Aufgabe sein, der sich jede Generation aufs Neue zu stellen hat.

Bildung und Erziehung

Nicht zuletzt deshalb kommt der Bildung und Erziehung des Menschen eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist nötig, damit sich die Anlagen und Fähigkeiten, die dem Menschen gegeben sind, entfalten können. Um eine Teilhabe jedes Einzelnen an unserer Gesellschaft zu ermöglichen, ist eine sichere Vermittlung grundlegender Fähigkeiten ein Gebot der Solidarität gegenüber jungen Menschen. Die reine Vermittlung von Wissen reicht allerdings nicht aus. Jungen Menschen muss

auch die Bildung ihrer moralischen Persönlichkeit, die Ausbildung von Tugenden und wertorientierten Haltungen nahe gebracht werden. Dazu gehört auch die Gewöhnung an das Einhalten von Regeln mit dem Ziel, das eigene Verhalten zu kontrollieren. Unser christliches Menschenbild geht davon aus, dass sich der Einzelne eigenverantwortlich und solidarisch in der Gesellschaft bewegt. Dies setzt den gebildeten und aufgeklärten Bürger voraus, der weiß, warum er dieser Gesellschaft gegenüber verantwortlich ist und der seine Partizipationsrechte wahrnehmen kann und will.

Der Religionsunterricht hat deshalb für mich nach wie vor einen hohen Stellenwert. Er muss das besondere Deutungspotential des Christentums, das unsere Gesellschaft auch weiterhin prägen wird, gegenüber anderen Weltdeutungen vermitteln und ein sinnstiftendes Verständnis ermöglichen. Für mich schließt das ein Unterrichtsangebot in anderen Religionen in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht nicht aus. Wichtig ist aber, zu erkennen, dass Toleranz gegenüber anderen Religionen einen eigenen Standpunkt voraussetzt.

Ehe und Familie

Nach unserem Menschenbild halten wir es für falsch, den Bildungs- oder gar Erziehungsauftrag vollständig auf den Staat oder private Organisationen zu übertragen. Die Familie und mit ihr die Ehe sind die Keimzelle unserer freiheitlichen Gesellschaft und ihre Stärkung bleibt eine zentrale Aufgabe christlich-demokratischer Politik. Unser Grundgesetz stellt Ehe und Familie unter seinen besonderen Schutz. Damit betont es die Bedeutung der Entscheidung für Ehe und Familie unter zahlreichen anderen gesellschaftlich akzeptierten Optionen für das Wohl der Menschen und der Gesellschaft.

Wir wissen aus verschiedensten Umfragen, dass Ehe und Familie bei jungen Menschen nach wie vor hoch im Kurs stehen. Wir sehen aber auch, dass die Scheidungszahlen weiter ansteigen und die Zahl der Geburten weit hinter den ursprünglichen Wünschen der Menschen zurückbleibt. Der Umfang des

Problems schließt für mich persönliches Fehlverhalten als alleinige Ursache aus.

Wir sind deshalb aufgerufen, die wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass sie den Menschen besser helfen, ihre Lebensplanung zu verwirklichen und Leid zu vermeiden. Dazu gehört insbesondere, dass Frauen nicht länger vor die Alternative gestellt werden dürfen: „Kind oder Karriere“. Wir wollen die in Familien erbrachten Leistungen angemessen anerkennen und für einen – auch finanziellen – Ausgleich sorgen, damit in unserer Gesellschaft die für eine Familie grundlegenden Werte wie Verlässlichkeit, Solidarität und Rücksichtnahme wieder mehr honoriert werden. Die modernen Anforderungen an Mobilität und Flexibilität, die unsere Gesellschaft an den Menschen stellt, dürfen nicht das Fundament der Gesellschaft gefährden.

Aktualität des christlichen Menschenbildes

Ich bin der festen Überzeugung, dass das christliche Menschenbild das am besten geeignete Leitmotiv ist, um eine lebenswerte, menschenwürdige und auch erfolgreiche Zukunft zu gestalten. Seine Aktualität ist ungebrochen. Ich rufe uns alle dazu auf, dass wir uns die Grundlagen unserer politischen Überzeugungen in unserem Glauben auch öfter mal selber vor Augen führen und bewusst machen. Dabei geht es nicht darum, jede Entscheidung zu einem Glaubensbekenntnis zu machen und den Dialog mit anderen Meinungen zu erschweren. Es geht darum, zu wissen, dass Werte, Tugenden und Pflichten, die wir haben und auch den Bürgern auferlegen, eine höhere Legitimation haben, als die, dass sie in Gesetzesform beschlossen und verkündet sind. Das christliche Menschenbild ist somit in doppelter Hinsicht von Bedeutung: es dient jedem, ob in Politik, Wirtschaft oder auch im privaten Bereich, als Orientierung und Richtschnur und es bietet Hilfe und Erklärung, um sich in der Welt zurechtzufinden und zu beurteilen, was gut ist und was nicht.

In der Kürze der Zeit war es mir natürlich nur möglich, einige Themen anzu-

reißen, in denen die Bedeutung unseres Menschenbildes greifbar wird. Ich habe bewusst darauf verzichtet, im Einzelnen die konkreten Ansätze der CDU Schleswig-Holstein in den verschiedenen Feldern zu erläutern. Das hätte nicht nur den zeitlichen Rahmen weit gesprengt, sondern auch die Grundlage, auf der wir hier zusammengekommen sind, unangemessen ausgedehnt.

Ich möchte Sie als Mitglieder des EAK ermuntern, noch deutlicher in der CDU auf die Grundlagen unserer Politik hinzuweisen und auch nach außen zu vermitteln, dass diese Grundlagen lebendig sind und sich in vielfältiger Form in der Arbeit der CDU widerspiegeln. Ich möchte schließlich diesen Jahresempfang im Februar noch nutzen, um Ihnen allen und dem EAK ein glückliches und erfülltes Jahr zu wünschen. Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in unserer CDU Schleswig-Holstein!

Evangelisches Leserforum

Friedrich Merz/Michael Glos (Hg.),
Soziale Marktwirtschaft im
21. Jahrhundert. Antworten der
Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik
auf die neuen Herausforderungen,
Olzog-Verlag München, 2001,
320 Seiten, 29,90 €.

„Das Erfolgsmodell ‘Soziale Marktwirtschaft’ ist in die Jahre gekommen.“ Mit dieser Feststellung beginnt der Klappentext eines Sammelbandes, den Friedrich Merz und Michael Glos gemeinsam herausgegeben haben. Dass sich Herausgeber und Autoren dieser Aufgabe stellen, nötigt Respekt ab, geht es doch darum, „konstruktive Modelle und Reformen“ darzustellen, „die den Standort Deutschland zukünftig besser ... auf das weitere Zusammenwachsen nationaler Märkte ... vorbereiten.“ Trotz des Eingangssatzes lässt das Buch aber keinen Zweifel daran, dass die Soziale Marktwirtschaft das Modell der Zukunft sein wird und sein muss.



Die Autoren, Politiker mit erwiesener Kompetenz auf ihrem Fachgebiet, wenden sich zur Bewältigung dieser Aufgabe verschiedenen Themenbereichen zu. **Arbeitsmarkt- und Mittelstandspolitik** bilden nach einer Einführung durch die Herausgeber einen ersten Schwerpunkt. Es darf nicht mehr darum gehen, nur wohlfeile Weisheiten zu verbreiten. Vielmehr bemühen sich die Autoren, unter ihnen Peter Rauen und Birgit Schnieber-Jastram, echte Impulse zu setzen. Zwar muten manche Aufsatztitel ein wenig kühn an, doch macht gerade das die Stärke des Buches aus: unorthodoxes, aber gleichsam qualifiziertes Nachdenken über neue Wege für die Zukunft.

Peter Rauen stellt in seinem Aufsatz „**Vollbeschäftigung ist möglich**“ nicht nur die Unfähigkeit und das Versagen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder heraus, er zeigt vielmehr, wie die Programmatik seines Aufsatzes umgesetzt werden könnte. Tatsächlich kann sich niemand der Tatsache verschließen, dass in Deutschland Arbeit in hohem Maße vorhanden ist. Freie Stellen können oft jedoch nicht besetzt werden. Diese Tatsache ist nach der Lektüre des Aufsatzes von Peter Rauen leider allzu leicht verständlich. Es wird unmissverständlich deutlich: Eine gründliche Arbeitsmarktreform ist dringend notwendig! Dafür steht die CDU ein. Peter Rauen gibt mehrere Hinweise, woran das System krankt. Ein einfaches Rechenbeispiel

zeigt: Ein Arbeitgeber muss 2,18 DM zahlen, damit ein Arbeitnehmer 1 DM mit nach Hause nehmen kann. Das ist einer der „Erfolge“ der staatlichen Überregulierung, die dringend abgebaut werden muss. Ob das wirklich zu Vollbeschäftigung führt, wie Peter Rauen vermutet, kann man nicht vorhersagen. Eines jedoch kann man erkennen: Es führt zu deutlich mehr Beschäftigung und dazu, dass Unternehmen, kleine wie große, freie Stellen endlich besetzen und neue Stellen zusätzlich schaffen können.

Der zweite Abschnitt ist der **sozialen Sicherheit** gewidmet. Namhafte Politikerinnen und Politiker, z.B. Maria Böhmer, Ursula Heinen und Horst Seehofer, denken nach über Generationengerechtigkeit, Familienpolitik, Renten- und Gesundheitsreformen. Dabei wird einer „veränderten Welt“ Rechnung getragen: Durch Globalisierung, durch demographischen Wandel und die zunehmende Dynamisierung von Wirtschaftsentwicklungen sind wir schon heute gezwungen, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, noch wichtiger ist es aber, sie auch zukunftsfähig zu machen. Gerade hier zeigt sich das Versagen der rot-grünen Bundesregierung auf der ganzen Linie.

Ein besonders wichtiger Aspekt ist die **Familienpolitik**. Ihr widmet sich die Bundesvorsitzende der Frauen-Union Maria Böhmer. Die CDU als Partei der Familien verschließt ihre Augen nicht vor der Entwicklung unserer Gesellschaft, die Kinder entweder als Luxus oder als Belastung auffasst. Der technokratische Begriff „demographische Entwicklung“ hilft den Verantwortlichen der rot-grünen Bundesregierung, sich vor der Aufgabe einer verantwortlichen Familienpolitik zu drücken, indem sie suggerieren, dass an dieser demographischen Entwicklung nichts zu ändern sei. Die Ehe, ein zentrales Fundament unserer Gesellschaft, wird permanent geschwächt, gegen die Vorgaben des Grundgesetzes. So ist es kein Wunder, wenn immer weniger junge Menschen einen Kinderwunsch haben. Deutschland braucht eine faire deutlich bessere Familienpolitik. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Aber auch die finanzielle Be-

lastung, die durch Kinder entsteht, muss berücksichtigt werden, z.B. durch ein Familiengeld. Das liegt im Interesse des Staates: Die Kinder von heute sind die Steuerzahler von morgen. Eine familienfreundliche Politik unterstützt Eltern und ihre Kinder, statt sie Alleinzulassen.

Einige gesellschaftliche Entwicklungen sind jedoch, zumindest kurz- und mittelfristig, unumkehrbar. Die daraus resultierenden Veränderungen müssen berücksichtigt werden. Ursula Heinen, Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beschäftigt sich mit dem Thema **Generationengerechtigkeit**. Ihrem Aufsatz ist eine ernüchternde Bilanz vorangestellt. Der „alte“ Generationenvertrag wird den heutigen Gegebenheiten und wohl auch den heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht, so dass teilweise von einem regelrechten Generationen-Konflikt“ gesprochen wird. Generationengerechtigkeit will der Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft Rechnung tragen – für seine Nachkommen, für seine Vorfahren und für sich. „Unter Generationengerechtigkeit ist die faire Chancen- und Lastenverteilung über die Generationengrenzen hinweg zu verstehen. Keine Altersgruppe darf ungleichmäßig stark von zeitlich versetzt wirkenden Effekten betroffen werden.“ (S. 149) Diese Aussage Ursula Heinen ist Grundlage und Aufgabe zugleich. Vor dieser Aufgabe darf sich keine Regierung drücken; ihr Aufsatz zeigt, dass es geht.

Im Weiteren wird die Verantwortung für die **Welt unserer Kinder** erörtert. Das beschränkt sich nicht nur auf die klassische **Umweltpolitik**, sondern wird sinnvollerweise erweitert um Gedanken zu **Bildungs-, Infrastruktur- und Energiepolitik**. Diese Fülle an Aspekten verdeutlicht zweierlei: Erstens, dass die Probleme, die wir lösen müssen, um unseren Kindern eine intakte Welt zu hinterlassen, sehr vielseitig und vielschichtig sind; zweitens, dass die Politik inzwischen gelernt hat, mit diesen Problemen umzugehen. Einige der Aufsätze bzw. ihre Themen scheinen auf den ersten Blick wichtiger, weil Klimaschutz (Peter Paziorek) doch eine größere Herausforderung zu sein scheint als



Das Buch zum Jubiläum:

Die Erfolgsgeschichte des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von Albrecht Martin und Gottfried Mehnert

Das Buch ist über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, für 15 € incl. MwSt. und Versand erhältlich.

Städte- und Wohnungsbau (Dietmar Kansy). Doch dieser Trugschluss ist gefährlich, wie die Politik von Bündnis 90/ Die Grünen immer wieder aufs Neue beweist. Wer das **Gebot der Nachhaltigkeit** ernst nimmt, kommt um die Erkenntnis nicht herum, dass die Themenfelder in einem engen Verhältnis zueinander stehen. Schließlich befassen sich noch Thomas Rachel und Klaus W. Lippold mit den wichtigen Themen **Bildungspolitik und Infrastruktur** in einer modernen Volkswirtschaft.

Einem Thema, das die Bundesrepublik schon seit längerem und immer wieder neu beschäftigt, widmet sich Katherina Reiche. Die **Bio- und Gentechnologie** stellt besonders hohe Anforderungen bezüglich Nachhaltigkeit und Verantwortung. Auch und gerade im EAK wurde und wird zu diesem Thema viel diskutiert. Es ist wichtig, eine breite gesellschaftliche Debatte zu führen, bevor möglicherweise gesetzliche Regelungen angepasst oder neu geschaffen werden. Manche Festlegung, mancher Maßstab erscheint dabei willkürlich gesetzt, doch sind solche „Angelpunkte“ für die konsensuale Fortentwicklung in Politik und Forschung wichtig. Gerade auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie wird und darf die Auseinandersetzung mit Chancen, Risiken, ethischen Grundsätzen und Werten nicht aufhören.

Allerdings genügt es nicht, nur die Probleme im eigenen Umfeld im eigenen Land zu lösen. Das ist angesichts des **europäischen Einigungsprozesses** und

der **Globalisierung** mit der zunehmenden internationalen Verflechtung von Wirtschaftsprozessen alles andere als eine Binsenweisheit. Es ist daher notwendig, das Verhältnis von nationaler Politik und internationaler Gemeinschaft zu thematisieren. Das betrifft wichtige Bereiche wie die Harmonisierung der **Steuerpolitik**, Schaffung und Erweiterung von Freihandelszonen sowie die **Wettbewerbspolitik** auf einem internationalisierten Markt. **Internet** und die **New Economy**, aber auch die bevorstehende **EU-Erweiterung** und die daraus resultierende Veränderung der geopolitischen Lage Deutschlands und der politischen Verhältnisse innerhalb der EU sind Herausforderungen einer zukünftigen Wirtschaftspolitik. Dem gehen u.a. Gerda Hasselfeldt, Friedrich Merz, Günter Nooke und Hans-Peter Replik nach.

Das vorliegende Buch leistet- auf verhältnismäßig kleinem Raum – weitaus mehr, als der schlichte Titel vermuten lässt. Die Vielfältigkeit der Betrachtungen durch die einzelnen Autoren zeigt deutlich die facettenreichen Herausforderungen, aber nicht minder deutlich auch den Mut und die Entschlossenheit, diese Herausforderungen zum Wohle der Menschen in unserem Land anzugehen und zu meistern.

Anm.:

Thomas Rachel ist Obmann für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und EAK-Landesvorsitzender in NRW

Aus unserer Arbeit

Landestagung des EAK der CDU Berlin-Brandenburg

Potsdam: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Berlin-Brandenburg startet mit einem neugewählten Landesvorstand ins neue Jahr. Im Brandenburger Landtag wurde der Berliner **Stefan Dachsels** als Landesvorsitzender wieder gewählt. In seiner Arbeit unterstützen ihn als stellv. Landesvorsitzende der Potsdamer Landtagsabgeordnete **Dr. Wieland Niekisch** und Frau **Dr. Ragnhild Kruse**. Neben den weiteren Wahlen des Vorstandes und der Delegierten stand der Vortrag des Islamwissenschaftlers **Dr. Rainer Glagow** zum Thema „Was geht uns der Islam an?“ im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Ein kurzer Überblick über die geschätzte demographische Entwicklung der Bevölkerung machte deutlich, wie notwendig es ist, sich neben den Ereignissen des 11. Septembers 2001 mit dem Islam gedanklich auseinanderzusetzen. In einigen bundesdeutschen Großstädten würden, so Glagow, 2015 unter den Jugendlichen ca. 50 % Muslims sein. Außerdem lebten unter den 3,6 Millionen Muslimen in Deutschland eine nicht zu unterschätzende Minderheit, die sich durch Integrationsunwilligkeit auszeichne. Dies zeige sich in einer Zentrierung islamischen Lebens in bestimmten Wohnvierteln der Städte.

Glagow verwies darauf, dass der Islam als Religion das Einparteiensystem grundsätzlich bevorzuge. Verschiedene Par-

teien widerstrebten dem Verständnis der Umma, dem religiös begründetem Einheitsgedanken des Islam. Eine ungelöste Problematik stelle auch das Faktum dar, dass der Islam einen Austritt oder Übertritt seiner Gläubigen nicht ohne schwere Konsequenzen akzeptiere. Das Thema der Religionsfreiheit muss daher im christlich-islamischen Dialog einen Schwerpunkt zugewiesen bekommen. Die Hoffnungen auf einen „Euroislam“ verkennt, dass der Islam keine im abendländischen Sinne verstandene „Aufklärung“ des Religiösen kenne. Dies zeige nicht zuletzt die große Anzahl fundamentalistisch und islamistisch ausgerichtet in Deutschland lebender Jugendlicher. Ein Dialog dürfe auch nicht die Problematik aussparen, dass es in Deutschland 3000 Moscheen gebe, die christlichen Kirchen aber in islamischen Ländern nicht das Recht hätten neue Kirchengebäude zu errichten.

„Terror und Gewalt – Ursachen und Folgen; wohin sollen wir gehen?“

Hermannsburg: Beim traditionellen Wochenendseminar des EAK-Landesverbandes Niedersachsen unter Leitung des Landesvorsitzenden **Hans Bookmeyer**, MdL, stellten die hannoversche Landesbischöfin **Dr. Margot Käbmann** und die Präsidentin des Thüringer Landtages, **Christine Lieberknecht**, MdL, ihre Gedanken über Terror und Gewalt als Herausforderung an Christen und Politiker zur Diskussion.

Landesbischöfin Käbmann fand große Zustimmung, als sie hervorhob, dass ein Zusammenleben und Dialog mit Menschen verschiedener Reli-



v.l.n.r.: Jürgen Schneider, Leiter der Ev. Heimvolkshochschule Hermannsburg, Christine Lieberknecht und Hans Bookmeyer

gionen nur möglich sei, wenn die Christen sich wieder stärker ihrer eigenen Glaubensgrundlagen bewusst würden und ihren eigenen Glauben an Jesus Christus offen und klar bekennen, weil sie nur dann als Gläubige und als Dialogpartner respektiert werden könnten. Unabdingbare Voraussetzungen für die Dialogfähigkeit der nichtchristlichen Religionen, insbesondere des Islam, seien die Anerkennung der Religionsfreiheit auch für Christen in islamischen Ländern, die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde auch für Frauen und die Trennung von Staat und Religion. Als Mittel zur Terrorbekämpfung forderte Käbmann vor allem Präventivmaßnahmen. Durch Bekämpfung des Drogenhandels und Beseitigung von Ungerechtigkeit sollte dem Terror der finanzielle und ideologische Boden entzogen werden.

In der engagierten Diskussion tauchte immer wieder die Frage nach der Notwendigkeit staatlicher, auch militärischer Zwangsmaßnahmen auf, um die Machtstrukturen des Terrors zu stören und weitere Angriffe abzuwehren. So wies General a. D. Graf von Kielmansegg darauf hin, dass durch entschlosseneres militärisches

Vorgehen von UN-Truppen in Ruanda und Bosnien Massaker hätten verhindert werden können. Hierzu sagte Frau Käbmann, dass staatliche Gewalt zwar als letztes Mittel unter strengen Voraussetzungen erlaubt sei, dass die Kirche aber nicht dazu aufrufen dürfe, sondern immer zum Frieden mahnen müsse.

Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht erörterte die Frage, was Christen in politischen Ämtern jetzt zur Eindämmung tun müssten. Nachdem durch die Agitation der alten Linken, die heute die Bundesregierung stellen, über zwanzig Jahre lang dem Staat „die Zähne gezogen“ worden seien, müsse jetzt die Wehrhaftigkeit der Demokratie gegen die Feinde der Freiheit gestärkt werden. Dabei sollten sich die Christen jedoch nicht von allgemeinen Ängsten mitreißen lassen, sondern auf der Grundlage ihres Menschenbildes besonnen und zuversichtlich der Gewalt entgegentreten. Zur Aufklärung und Verfolgung von Straftaten müsse der Staat die erforderlichen rechtlichen Möglichkeiten schaffen, „ohne zum Schnüffelstaat wie die DDR zu werden“. Wichtig sei das entschlossene Vorgehen gegen

extremistische Ausländerorganisationen, zugleich müsse auch die Integration der Gutwilligen gefördert werden. Ebenso müsse der zwischenmenschlichen Gewalt vorgebeugt werden durch die Förderung von sozialen Bindungen und Verantwortlichkeiten des Einzelnen, damit die Freiheit als Chance und nicht als Ausgeliefertsein erfahren werden kann.

Die Leiterin des Generalkonsulats der USA in Hamburg, Mrs. Ellbow, überraschte die Teilnehmer mit einem spontanen Besuch auf der EAK-Tagung, um sich für die vom EAK-Landesvorstand unmittelbar nach dem 11. September übermittelten Bekundungen der Anteilnahme und für einen von Frauen in Ostfriesland in über 600 Stunden gefertigten Quilt mit einem Bild „Kerzen für den Frieden“ zu bedanken, den der EAK-Landesvorsitzende Hans Bookmeyer kürzlich als Solidaritätsgeschenk im US-Generalkonsulat Hamburg überreicht hatte.

Durch das wichtige Thema und den Verlauf der Tagung hat sich der EAK wieder einmal als richtungsweisendes Forum der Begegnung von Christen in kirchlicher und politischer Verantwortung bewährt. Daher haben die Tagungsteilnehmer mit überwältigender Mehrheit einen Aufruf an alle Menschen zur Verteidigung der Menschenwürde gegen jede illegale Gewalt verabschiedet.

In dieser heißt es:

„Lange Zeit ist Gewalt, die sich Menschen unter Verletzung der Menschenwürde anmaßen, von den Betroffenen oft als „unabwendbares Übel“ hingenommen oder gar ausgeblendet worden. Die schrecklichen Terror-An-

schläge vom 11.9.2001 in den USA jedoch haben viele Menschen erschüttert und machen auch nach Monaten noch betroffen. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU in Niedersachsen hat dieses schlimme Ereignis zum Anlass genommen, Terror und Gewalt, ihre Ursachen und Folgen zu thematisieren.

Er ruft alle Menschen in unserem Land auf, illegaler Gewalt zu wehren und sich somit für die Beachtung des Artikels I des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) einzusetzen.

Für Christen ergibt sich die Mitverantwortung für den Schutz des Lebens anderer unmittelbar aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und aus dem Gebot der Nächstenliebe. Die Wahrnehmung dieser Mitverantwortung lässt der Gleichgültigkeit keinen Raum, sondern sie muss in allen Lebenslagen deutlich werden:

In der Erziehung im Elternhaus, in den Kindergärten und Schulen, im tagtäglichen Umgang miteinander in Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit, in Begegnung und Diskussion.

Vor diesem Hintergrund fordert der EAK die Entscheidungsträger aller Medien sowie des Staates auf, gewaltverherrlichende Darstellungen und Schilderungen zu unterbinden und stattdessen zur Sensibilisierung für die Mitverantwortung des Lebensschutzes anderer beizutragen.

Die Unversehrtheit des Lebens und deren Würde eines jeden muss ein unabdingbarer Wert bleiben, damit die Gesellschaft nicht dauerhaft Schaden nimmt.“

60. Geburtstag von Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Landesvorsitzender des EAK der CSU



v.l.n.r.: Christian Schmidt, MdB, EAK-Bez.-Vors. Mittelfranken, Dr. Thomas Goppel CSU-Generalsekretär, Dr. Ingo Friedrich, Stefanie Finzel Mitglied im EAK-Landesvorstand Bayern, Dr. Bernhard Felmberg, EAK-Bundesgeschäftsführer, Harald Häbler stellv. Landesvor. EAK Bayern, Martin Hübler, Landesgeschäftsführer EAK Bayern, Ralf Rabenstein Mitglied im EAK-Landesvorstand Bayern



Seit Dezember 2001 haben insgesamt 238 Leserinnen und Leser **8364,13 EUR** (=16.358,82 DM) für die Evangelische Verantwortung gespendet. **Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto:

Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

Organisatorische Hinweise zur 39. Bundestagung des EAK in Würzburg:

Hotelvermittlung: Congress & Tourismus Zentrale Am Congress Centrum, 97070 Würzburg
Telefon 09 31/37 23 72 od. 37 23 35
Telefax 09 31/37 36 52
E-Mail: tourismus@wuerzburg.de
Internet: www.wuerzburg.de

Stichwort bei der Zimmerreservierung:
Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Tagungsbeitrag: 15 €

Einladung zur 39. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10.-11. Mai 2002 in Würzburg

50 Jahre EAK – „Gerechtigkeit gestalten“

Freitag, 10. Mai 2002

- 14.00 Uhr **Eröffnung** der 39. Bundestagung durch den Bundesvorsitzenden Jochen Borchert
Grußwort des EAK-Landesvorsitzenden Dr. Ingo Friedrich
Grußwort Oberbürgermeister der Stadt Würzburg
- 15:00-16.30 Uhr 3 Arbeitsgruppen zu den Themengebieten Familie, Bildung und Gesundheit
- 1. Arbeitsgruppe:**
„Gerechter Umgang mit Familien“
Referentin: Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB
Moderatorin: Ilse Falk, MdB
- 2. Arbeitsgruppe:**
„Ein gerechtes Gesundheitssystem“
Referent: Staatsminister Dr. Hans Geisler, MdL
Moderator: n.n.
- 3. Arbeitsgruppe: „Bedingungen einer zukunftsgerechten Bildung“**
Referent: Alois Glück, Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayrischen Landtag
Moderation: Kultusministerin Karin Wolff, MdL
- 17:00-18:30 Uhr Dr. Edmund Stoiber (Ministerpräsident Bayerns) Kanzlerkandidat der CDU/CSU
„Gerechtigkeit als politische Herausforderung“
- 18.30-19:30 Uhr Abendessen
- 20.00-21.30 Uhr **Theologisches Abendgespräch** im Saalbau Luisengarten

„Spürsinn für Gerechtigkeitslücken?! – der Beitrag der Kirchen in der Gerechtigkeitsdiskussion.“

Referenten: Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, Ev. Kirche Berlin-Brandenburg, Günther Beckstein, bayerischer Innenminister
Moderation: Dr. Ingo Friedrich

21.45 Uhr

Empfang im Würzburger Rathaus durch den Oberbürgermeister (Die Einlasskarte zum Empfang des Oberbürgermeisters erhalten Sie in Würzburg im Tagungsbüro mit den Tagungsunterlagen)

Samstag, 11. Mai 2002

- 8.30-9.15 Uhr **Gottesdienst in der Johanniskirche** (Dekan Dr. Breitenbach)
- 10.00-11.30 Uhr Vortrag und Diskussion
„Steuergerechtigkeit in Deutschland“
Referent: Prof. Dr. Paul Kirchhoff
- 11.45-13.00 Uhr Mittagessen
- 13.00-13.15 Uhr **Begrüßung**
Jochen Borchert, MdB
- 13.15-14.30 Uhr Dr. Angela Merkel (Parteivorsitzende der CDU)
„Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“
- 14.30Uhr Schlusswort des EAK-Bundesvorsitzenden Jochen Borchert, MdB

Änderungen vorbehalten. (Organisatorische Hinweise siehe Seite 14, unten rechts)

Anmeldung

(Organisatorische Hinweise siehe Seite 14, unten rechts)

Hiermit melde ich mich für die 39. Bundestagung des EAK vom 10.-11. Mai 2002 in Würzburg an.

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Telefon E-mail

Begleitpersonen/Anzahl Name/Vorname

Straße PLZ, Ort

Telefon E-mail

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Bundesgeschäftsstelle
Klingelhoyerstraße. 8
10785 Berlin
Telefon 0 30-2 20 70-4 32
Telefax 0 30-2 20 70-4 36
E-mail: eak@cdu.de
Internet:
www.evangelischer-arbeitskreis.de

Mit der Überweisung des Tagungsbeitrages in Höhe von 15 € pro Person auf eines der folgenden Konten erhält Ihre Anmeldung Verbindlichkeit:

Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto-Nr. 112 100 500
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00
Konto-Nr. 56 267

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112 100500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei
Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

Glaubt an Gott und glaubt an mich!
Joh. 14,1

„Euer Herz erschrecke nicht.
Glaubt an Gott und glaubt an mich!“

Wir erleben solche Situationen immer wieder. Unerwartetes begegnet uns! Unser Herz erschrickt! Es fängt an hörbar, fühlbar, erlebbar zu schlagen – bis hin zum Hals. Wir sind erschrocken. Das schnell und laut schlagende Herz zeigt uns, wie sehr unser Körper wie sehr wir als Personen auf das reagieren, was wir plötzlich als Bedrohung erleben, was uns herausreißt aus der Ruhe, aus unserem Alltag. Unser Herz, das uns sonst kaum vernehmbar am Leben erhält, fängt auf einmal scheinbar unkontrolliert an zu rasen, um uns die Kraft und die Wachheit zu geben, die drohende Gefahr zu bestehen. Grenzen des Körpers und der eigenen Sinne werden uns schnell bewusst. Und wir wissen, wie lange es dauert, dass sich das in sekundenschnelle, hochschreckende Herz beruhigt. Jesus kennt uns als Erschrockene, die Angst davor haben Gottverlassen zu sein – von ihm verlassen zu werden, ihn nicht mehr in der Nähe zu spüren. Er spricht uns behutsam an, dass wir nicht aufschrecken. Er weist uns auf den Glauben hin. Dieser macht unser Herz fest, gibt uns Gelassenheit. Er gibt uns Kraft und Ausdauer. Er lässt uns nicht wankelmütig werden. „Glaubt an Gott und glaubt an mich!“ Dies ist die Aufforderung an uns in der Welt zu bestehen. „Glaubt an mich!“ Ja, an Gott glauben wir, aber erst im Glauben an Gott in Jesus Christus darf unser Herz auch wagen unverzagt zu sein. Dies können wir erleben im Nachspüren der Passions- und Osterzeit, denn in ihr geht es um nichts anderes als um den Glauben an Jesus Christus. Gottes Weg zu uns – unser Weg zu Gott!

Felmborg

Unsere Autoren:

Pfarrer Gerhard Duncker
c/o Generalkonsulat Istanbul
Auswärtiges Amt
11020 Berlin

Pfarrer Michael Wenzel
Dr. Catharina Wenzel
c/o Deutsche Botschaft Teheran
Postfach 080563
11020 Berlin

Dr. Johann Wadehul, MdL
CDU-Landesverband Schleswig-Holstein
Sophienblatt 44-46
24114 Kiel

Thomas Rachel, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin